



Von: xxxxxxxxxxxx@googlemail.com>
An:
Kopie:
Betreff: Mit offenem Augen ins Disaster - Die Linken in NRW
Datum: 17.05.2010 10:12:54

Chronologie einer absehbaren Niederlage.

Statt sich klar zu äussern, dass man nur als Sättigungsbeilage auf einem rotgrünen Teller verfüttert werden soll (Rot-Grün plus X - Löhrmann), da machen sich die aufstrebenden NRW-Neuparlamentarier von der Linkspartei tatsächlich ernsthafte Gedanken wie sie die SPD und die Grünen beeindrucken können. Die haben nicht einmal Ahnung von der Hausordnung im Düsseldorfer Landtag, geschweige denn von Paragraphen und Richtlinien wollen aber Regierung spielen (dürfen). Bessere Chancen hatte die SPD selten, die Linkspartei zu entzaubern. Und der Druck auf die NRW-Linken kommt nicht nur aus der SPD und von den Grünen. Selbst die eigenen Parteikollegen setzen die NRWler massiv unter Druck. Jedes Microphon auf dem Bundesparteitag wurdegenutz um zu sagen, dass die Genossen in NRW selbstverständlich in die Regierung müssen. Klar, man hat noch nicht einmal Ahnung von der Haushaltsplanung, soll aber unbedingt regieren. Entweder wollen die werten Kollegen die NRW-Linken ganz schnell zu weichgespülten SPDlern machen, so wie die Genossen in der berliner Landesregierung oder Brandenburg, oder die wollen sie aus politischem Kalkül volles Rohr gegen die Wand fahren (lassen). Letzteres hätte den Vorteil, dass ein linker Landesverband kaltgestellt wäre. Aber erstmal reisen ab Montag den 17. Mai die Linken Strippenzieher aus dem Büro des Herrn Ullrich Maurer zusammen mit ihrem Chef aus Berlin nach Düsseldorf, um die Genossen auf Linie zu bringen. Wenn es schon im Landtagswahlkampf trotz Personal aus Maurers Büro nicht geklappt hat den Linken-Wahlkampf in NRW zu beeinflussen, dann kommt jetzt der ehem. Chef des Büros "Aufbau West" persönlich um die Verhandlungen mit der SPD in seine Hände zu nehmen.

Mehr siehe unten. Eventuell ist für Sie ja das ein oder andere Interessante dabei.

MfG

#####

Liebe Genossinnen und Genossen, Freundinnen und Freunde,

heute erhielten wir Informationen, dass eine Ampelkoalition so gut wie gestorben ist. Wir drücken das so vorsichtig aus, weil wir das Schwarz auf Weiß noch nicht haben. Die SPD und die Grünen haben - laut den uns bekanntgemachten Informationen s.u.- in einer Pressekonferenz erklärt, dass sie mit uns Sondierungsgespräche führen wollen. Das heißt, dass in den nächsten Tagen ein entsprechender Anruf kommen könnte. Dies wiederum hätte zur Folge, dass Ihr spätestens am Montag mit Fragen von JournalistInnen konfrontiert werdet.

Ich bitte Euch, verhalten und vorsichtig - im Sinne der bisherigen "Sprachregelung" zu reagieren.

1. Wir haben vor der Wahl und auch danach immer wieder deutlich gemacht, dass wir zu Gesprächen mit Parteien zur Verfügung stehen, wenn es um einen grundlegenden Politikwechsel im Interesse der Mehrheit der Menschen in diesem Land geht.
2. In unserem Dringlichkeitsprogramm haben wir die Mindestbedingungen für einen solchen

Politikwechsel markiert. Konkretisierte Vorschläge haben wir zudem in 10 ersten Anträgen für den Landtag gemacht.

3. Auf die Frage, wo wir zu Kompromissen bereit wären: Das steht jetzt hier nicht zur Debatte. SPD und Grüne haben bisher keine Vorschläge gemacht.

4. Vom kommenden Montag bis Mittwoch beraten wir uns mit unseren Mitgliedern in drei Regionalkonferenzen, bilanzieren das Ergebnis der Landtagswahl und beraten die Konsequenzen und die verschiedenen Varianten, die sich daraus ergeben könnten.

Bitte haltet Euch daran, lasst Euch nicht auf weitere Debatten ein. Ihr bestimmt was ihr sagt ! Ansonsten kommen wir in schwierige Situationen. Wir werden in unserer nächsten Sitzung am Montag über die politische Gemengelage und unserer weiteres Verhalten diskutieren.

Solidarische Grüße

Wolfgang Zimmermann, Rüdiger Sagel

#####

Eine Frage zur Handhabung von Zeit: Was ist Kurzfristig? 1 Woche? Wieviel Vorbereitungszeit brauchen Grüne und SPD um die Linken bei einer Vorladung vorzuführen? 7 Tage?

Einladung von SPD und Grünen zum gemeinsamen Gespräch

Freitag, 14. Mai, 2010 11:22 Uhr

Von:

"Sabine Brauer" <brauer@gruene-nrw.de>

Sehr geehrte Frau Schwabedissen, sehr geehrter Herr Zimmermann,

nach den Landtagswahlen haben SPD und Bündnis 90/Die Grünen Sondierungsgespräche über die Bildung einer tragfähigen Regierung für Nordrhein-Westfalen aufgenommen. Dabei ist unter anderem verabredet, die FDP zu einem gemeinsamen Gespräch einzuladen.

Wir würden uns sehr freuen, wenn ein solcher Termin kurzfristig zustande kommen könnte und möchten Ihnen mit diesem Schreiben zwei Vorschläge unterbreiten. Das gemeinsame Treffen könnte stattfinden am

Donnerstag, den 20. Mai oder Freitag, den 21. Mai jeweils um 10.00 Uhr.

Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns möglichst rasch darüber informieren würden, welcher der beiden Termine Ihnen zusagt. Die Landesgeschäftsführer der Parteien könnten dann die organisatorischen Fragen klären.

Mit freundlichen Grüßen

Hannelore Kraft

Arndt Klocke

Daniela Schneckenburger

- Landesvorsitzende -

P.S. Der Brief geht Ihnen parallel per Fax und Post zu.

Sabine Brauer
Politische Landesgeschäftsführerin
Bündnis 90/Die Grünen NRW
Jahnstrasse 52 - 40215 Düsseldorf

Mobil: 0172-2175755
www.gruene-nrw.de
brauer@gruene-nrw.de

#####

Liebe GenossInnen und FreundInnen,

ich möchte an dieser Stelle nur kurz etwas zum weiteren Vorgehen feststellen und einen Vorschlag machen.

SPD und Grüne versuchen bereits im Vorfeld andere Parteien - also auch DIE LINKE - zur bloßen Mehrheitsbeschafferin zu degradieren. Die Formulierung rot-grün-plus ist dafür ein mehr als deutliches Indiz und impliziert eine entsprechende öffentliche Wahrnehmung. Die "kraft"meinernden Äußerungen der beiden Spitzenkandidatinnen von SPD und Grünen gehen in dieselbe Richtung. In zahlreichen Medien wird dies auch bereits entsprechend kommentiert.

Auf diese Art und Weise sind "Gespräche auf Augenhöhe" von vornherein nicht möglich !

Mir ist die Einladung zum Sondierungsgespräch von SPD und Grünen nur medial, aber noch nicht konkret, bekannt geworden. Ich bin aber der Auffassung, dass sich DIE LINKE nicht zu einem ersten Sondierungsgespräch bei SPD/Grünen "vorladen" lassen sollte. DIE LINKE ist eine eigenständige und selbstbewusste Partei und sollte sich von Anfang an nicht in eine unterwürfige Position bringen lassen.

Daher ist mein Vorschlag, grundsätzlich die Bereitschaft zu Gesprächen zu erklären. Diese aber erstmal einzeln durchzuführen, d.h. zunächst mit der SPD, dann mit den Grünen, und danach mit beiden gemeinsam. Dies ist ein übliches Verfahren, denn auch SPD und Grüne haben sich zunächst zu zweit getroffen. Eine entsprechende Stellungnahme respektive Angebot sollte von unserer Seite aus sowohl an die SPD als auch die Grünen ergehen. Schauen wir mal, dann sehen wir schon...

Mit besten und solidarischen Grüßen, Rüdiger

#####

Eckpunkte für Sondierungsgespräche

1)LINKER Sinn von Sondierungsgesprächen: Test der Politikwechselfähigkeit von SPD und Grünen

SPD und Grüne werden die Sondierungsgespräche als Test für die „Politik- bzw. Regierungsfähigkeit“ DER LINKEN verkaufen. Dabei setzen sie sich selbst als Maß der „Regierungsfähigkeit“ voraus. DIE LINKE wird dann per Definition umso „regierungsfähiger“ je stärker sie sich SPD und Grünen anpasst, also selbst aufgibt. Wenn sich DIE LINKE auf dieses Verständnis von „Regierungsfähigkeit“ einlässt, hat sie schon vor Gesprächsbeginn verloren. DIE LINKE muss deshalb die Sondierungsgespräche in ihrem Sinn (um)deuten – nämlich als Test für die Politikwechselfähigkeit von SPD und Grünen. Durch diese Deutung lässt die Politik DER LINKEN zum Maßstab machen, dem sich SPD und Grüne anzunähern haben.

2)Kein Kotau: Gespräche auf Augenhöhe

Ein sinnfälliger Ausdruck für die gegen DIE LINKE gefahrene Unterwerfungsstrategie ist die aus anderen Bundesländern bekannte Forderung von Distanzierungs- oder Treuebekundungen. Mit der Erfüllung dieser diskriminierenden Vorbedingung stellt sich DIE LINKE selbst als eine Partei „auf Bewährung“ bloß, wobei die „Bewährung“ in der Anpassung an die anderen Parteien besteht. Für DIE LINKE.NRW besteht überhaupt kein Anlass, sich auf solche Unterwerfungsspielchen einzulassen. Sie hat allen Grund selbstbewusst in den Sondierungsgesprächen aufzutreten. SPD und Grüne sind auf DIE LINKE angewiesen – nicht umgekehrt. Das Beispiel Hessen beweist zudem, dass SPD und Grüne Neuwahlen stärker zu fürchten haben.

3)Mindestanforderung an eine Tolerierung: Umsetzung der von SPD und Grünen gemachten Wahlversprechen in einem konkreten Regierungsprogramm

Trotz aller von sich selbst behaupteten „Regierungsfähigkeit“ sind die bisher bekannten Umsetzungspläne von SPD und Grünen für ihre eigenen Wahlversprechen – insbesondere die links klingenden – noch ziemlich unkonkret. Ausgangspunkt ernsthafter inhaltlicher Gespräche muss daher eine detaillierte Darstellung des von SPD und Grünen konzipierten Regierungsprogramms sein. Besonderes Gewicht ist dabei auf die Finanzierung und die zeitliche Umsetzung der gemachten Wahlversprechen zu legen. Sollte sich herausstellen, dass den Wahlprogrammen von SPD und Grünen kein belastbares Regierungsprogramm zugrunde liegt, besteht für die Tolerierung einer Minderheitsregierung Kraft keine Basis. Für einen rot-grünen Politikwechselschwindel wie unter Schröder/Fischer/Clement & Co kann sich DIE LINKE nicht hergeben. Politik nach der Müntefering-Devise, es sei unfair Regierungen an ihren Wahlversprechen zu messen, ist für DIE LINKE nicht tolerierbar.

4)Mindestanforderung an Koalitionsverhandlungen: Inhaltliche Linksverschiebung des Regierungsprogramms über die Wahlprogramme von SPD und Grünen hinaus

Das Tolerierungskriterium kann nur die notwendige aber nicht die hinreichende Bedingung für eine Regierungsbeteiligung DER LINKEN sein. Das Regierungsprogramm einer aus drei Parteien gebildeten Regierung kann sich nicht darin erschöpfen, nur die Wahlprogrammatik von zwei beteiligten Parteien umzusetzen. Es muss darüber hinaus auch in angemessenem Umfang spezifische Forderungen DER LINKEN.NRW berücksichtigen. Solche spezifischen Forderungen sind Forderungen, die entweder weitergehend sind als entsprechende Forderungen von SPD und Grünen oder nur von DER LINKEN.NRW vertreten werden. Die Bereitschaft von SPD und Grünen zur Aufnahme solcher spezifischen Forderungen DER LINKEN.NRW in ein gemeinsames Regierungsprogramm ist Voraussetzung für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen. Bei der Bewertung der Verhandlungsergebnisse kann nur die Durchsetzung von diesen spezifischen Positionen DER LINKEN.NRW als Verhandlungserfolg gewertet werden. Die Umsetzung der Wahlversprechen von SPD und Grünen muss als

Selbstverständlichkeit gelten.

5) Mindestanforderung an eine Koalitionsvereinbarung / Regierungsbeteiligung: Angemessene inhaltliche und personelle Vertretung DER LINKEN.NRW in Regierungsprogramm und Regierung

Die angemessene Berücksichtigung spezifisch LINKER Inhalte im Regierungsprogramm bildet die Basis für eine personelle Beteiligung DER LINKEN.NRW an einer Regierung. LINKE Regierungsmitglieder müssen die Möglichkeit haben auch spezifisch LINKE Inhalte in der Regierung zu vertreten. Die angemessene Realisierung dieser Möglichkeit erfordert die angemessene personelle Berücksichtigung DER LINKEN in einer gemeinsamen Regierung. Ob die ausgehandelte inhaltliche und personelle Vertretung in der möglichen Regierung für eine tatsächliche Regierungsbeteiligung ausreicht, entscheiden die Mitglieder DER LINKEN.NRW.

#####

Eine Diskussionsgrundlage für die Gespräche als Gesprächsgrundlage für die Lavositzung/ Regionalkonferenzen vorbereiten.

1. Bildung

Studiengebühren: sofort abschaffen.

Kosten: 270 Millionen Euro

Wie finanzieren wir das? Umschichtungen

Reform Unis/ Hochschulfreiheitsgesetz

Landesrat mit den Hochschulrektoren, Landesastentreffen, Verdi (Beschäftigte)

Eine Schule für alle: Umstrukturierung sofort einleiten

GRÜNE: Diskussionen in den Kommunen mit Eltern und Lehrenden

SPD: Gemeinsam lernen bis zu 7 Klasse

Die Forderung der SPD ist erfahrungsgemäß (Berlin) unsinnig. Die Idee der Grünen könnte man umwandeln, in dem man vor Ort "Schulräte" zu dem Thema mit ExpertInnen einberuft. Diskutiert werden kann das Konzept, die Umwandlung von Hauptschulen, die Stärkung von Gesamtschulen, die Kooperation Grundschulen/ Gesamtschulen, die Bildung von Oberstufenzentren (die ja defakto durch Schulkooperationen schon bestehen),

LandeschülerInnenvertreterInnen, LandeselternvertreterInnen, Lehrendenvertretungen

Kosten: ?

Umschichtung Landeshaushalt: ?

KITAPLÄTZE

Wir sollten uns das GEBT angucken. Da sind unsere Forderungen drin enthalten. Das Konzept wurde von Verdi, Erzieherinnen und Eltern erarbeitet.

Kosten: ?

Umschichtung: ?

Bundratsinitiative: Ausbau der Förderungsmittel für U 3 Plätze

Frage: Welche Gelder wurden von der Landesregierung überhaupt angefordert?

Eventuell auch hier ein Landesrat der Landesjugendämter, Verdi, ErzieherInnen und Eltern

Ausbau von Ganztage und freiem Essen für alle Kinder
Ausschöpfung Bundesprogramme?

Sofortige Abschaffung der Kopfnote und der zentralen Abschlussprüfungen

Ausbildung
Umsetzung der Ausbildungsplatzumlage

Möglichkeiten in NRW?
Bundesratsinitiative?

2. Arbeit

Umsetzung der schrittweisen Arbeitszeitverkürzung bei Stellenausgleich
Löhne: Ohne Ausgleich in den hohen Gehaltsgruppen, Ausgleich bei den Mittleren und kleinen Einkommen

Kosten: ?
Beamtenrecht: ?
Tarifrecht: ?

Tariftreugesetz plus Ökokriterien

Umwandlung von 1 - Euro - Jobs in sozialversicherungspflichtige Jobs
Zahlen: Wieviele davon gibt es im Landesdienst?
Kommunen: Umfinanzierung? Rechtliche Möglichkeiten?

Unabhängige Arbeitslosenzentren
Zurücknahme der Kürzungen der schwarz/ gelben Landesregierung
Ausbau der Zentren

Kosten?
Umschichtungen?

Kurzarbeit und Mittelständische Betrieb
Ratschlag mit den Mittelständischen Unternehmen und den Gewerkschaften?

Kosten der Unterkunft
Bundesratsinitiative zur Erhöhung des Bundesanteils auf den alten Betrag
Wohnungsplan NRW: Welche Wohnungen gibt es überhaupt?
Kommunale Miet- und Wohnraumspiegel einführen
Ausbau sozialer Wohnungsbau (Wohnungsbauvermögen des Landes NRW/ NRW Bank!)
Stop aller Zwangsumzüge!

3. Energie

Kohlekraftwerke in Datteln...
Alternativen?
Kosten?
Alte Verträge?

Rückführung in kommunale Hand?
Kosten?
Umschichtung?
Kommunale Ausstattung

Energiegipfel NRW zu der Frage mit Städten und Kommunen, in denen jetzt Rückkäufe anstehen?

Bundesratsinitiative zur Rekommunalisierung und Vergesellschaftung der Stromnetze und Konzerne?

Anteile an RWE und EON von Städten und Gemeinden?
Rolle der öffentlichen Vertretungen in den Aufsichtsräten?

Ahaus und Gronau
Alte Verträge?
Casoren durch NRW?
Schließung möglich? Wenn ja wann und wie?
Kosten?

Förderung alternativer Energien
Ratschlag alternativer Energieproduzierender?
Kosten?
Dauer?
Verträge?

Atomkraft
Keine neuen Werke in NRW!
Laufzeiten: Keine Verlängerung!

ÖPNV
Sozialticket landesweit
Kosten:

Ausbau des Streckennetzes und der Taktzeiten
Kosten:

Wie gehen wir mit Privatlinien um?

3. Frauen
Frauenhäuser
Vollfinanzierung der Frauenhäuser in NRW ohne Pauschalen
Abschaffung des Eigenanteils von Frauen
Wiedereinführung der 4. Stelle in Frauenhäusern für die Nachsorge

Quotierung in Spitzenämtern
50% Quotierung bei allen Stellen im ÖD (auch für Männer in "Frauenjobs")
(Bsp. Professuren, DirektorInnen,)

Wiedereinführung der "Schnittstelle Frau und Beruf"

Stärkung der Frauenbeauftragten in den Kommunen
(Steht in unserem Programm)

4. Asyl
Auflösung aller Sammellager und der ZAS in Dortmund, dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden
Kosten: Keine

Sofortiger Abschiebestop aus NRW!

Kosten: Keine

Aufhebung der Residenzpflicht

Kosten: Keine

Klärung der Versorgung von Illegalisierten

Ratschlag mit Flüchtlingsinisi und der Medizinischen Flüchtlingshilfe

Schließung der Abschiebeknäste in Büren und Neuss

Kosten: Keine

Ende der Rasterfahung an Universitäten

5. Demokratie

LPVG

Überwachung öffentlicher Räume abschaffen

Landesplan gegen Faschismus

Verfassungsschutz demokratisieren/ auflösen

V - Leute sofort abziehen!

Kontrolle durch das Parlament

6. Landeshaushalt/ ZIP/ Finanzierung

Demokratische Kontrolle von Landesband und West LB

Einstellung von 500 Betriebsprüferinnen sofort!

Kostennutzenplan?

Bundesratsinitiative ZIP

Sicherung des Landeseigentums: Keine weiteren Privatisierungen

Alte Verträge?

Was ist mit CBL Verträgen, PPP,

Bundesratsinitiative: Geld für Bildung und Kommunen statt für Krieg und Bomben: Truppen raus aus Afghanistan!

Keine Ausgaben für Rüstung und Rüstungsforschung im Landeshaushalt NRW

Alte Verträge?

Wichtig wäre, dass ein möglicher Vertrag die nicht vorhandenen Spielräume durch die Politik der letzten Jahrzehnte aufzeigt und klar macht, dass wir in der Regierung gegen uns selbst und die Bundesregierung für einen Politikwechsel demonstrieren müssen!

Außerdem muss rein, dass wir im Bundesrat keinen weiteren Kürzungen im Sozialbereich zustimmen werden.

Das müssen wir gegenrechnen, mit dem Programm der SPD und Grünen gegenchecken und ausformulieren und dann am Montag dem Lavo und den Regionalkonferenzen vorlegen.